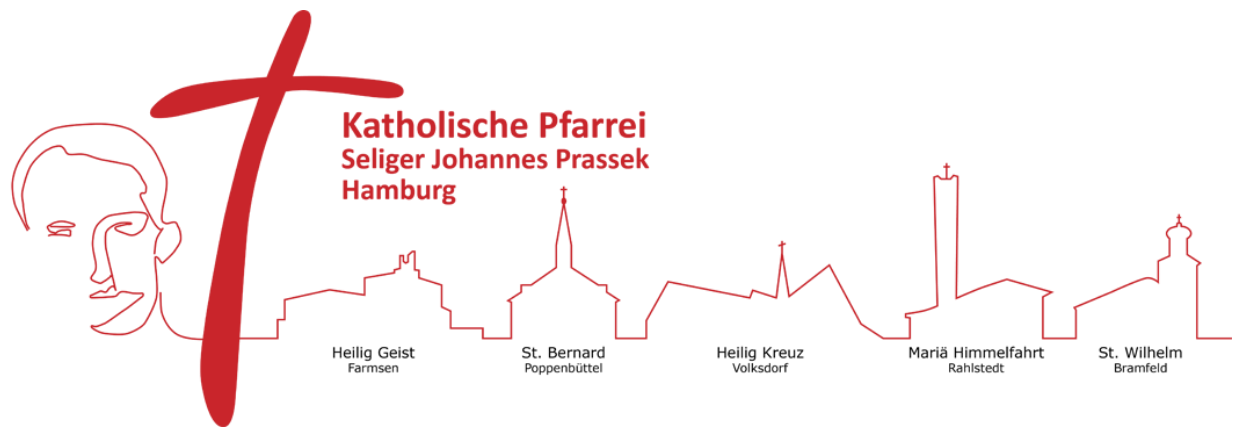




Auszug aus dem Protokoll der Sitzung 01/2026 des Finanzausschusses der Pfarrei Seliger Johannes Prassek am 26.01.2026 von 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben. Die Beschlussfähigkeit ist mit drei stimmberechtigten Mitgliedern gegeben, die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls 10/2025

Das bereits vorab an die Mitglieder versandte Protokoll wird einstimmig angenommen und in den Ecclesias-Ordner eingestellt.

TOP 3: Planung der Kommunikation mit den Gemeindeteams in 2026, Rückmeldung über Ansprechpartner

Die GTs der Sekundärstandorte haben ihre Ansprechpartner bereits benannt (Volksdorf, Bramfeld, Rahlstedt). Das Erstgespräch mit den Ansprechpartnern aus Volksdorf und Bramfeld hat bereits stattgefunden, das Gespräch mit Rahlstedt ist für den Folgetag angesetzt. Die beiden Primärstandorte sollen höflich erinnert werden.

In diesen Gesprächen wurde die Haushaltsplanung 2026 mit Aufteilung auf die Standorte ausführlich erläutert. Der Ausschuss nimmt sich vor, folgende Sachverhalte in der weiteren Kommunikation klarer darzustellen, um Fehlinterpretationen zu vermeiden: in der Planung sind keine Instandhaltungskosten und keine Rücklagenbildung für die Sekundärimmobilien enthalten, diese Mittel müssen vor Ort erwirtschaftet werden. Bestehende Mietrücklagen bleiben gebäudebezogen erhalten, künftige Ergebnisse der vermieteten Objekte (Mieten./Aufwendungen) werden diesen Rücklagen zugeführt (bzw. Entnahmen). Außerdem sind die ausgewiesenen „Überschüsse“ der Standorte keine frei verfügbaren Mittel, sondern als Rücklage für die Standorte zu verbuchen.

TOP 4: Schreiben an den Verwaltungsdirektor

Das Erzbistum erledigt gegen Bezahlung die Buchhaltung der Pfarrei. Der Finanzausschuss hat am 08.01.2026 an den Verwaltungsdirektor geschrieben, weil keine belastbaren Zahlen für die Steuerung der Pfarrefinanzen vorliegen. So gibt es insbesondere seit 2022 keine Jahresabschlüsse. Auch in der laufenden Buchhaltung bestehen Rückstände. Von uns wird angeboten, erfahrene, freiberuflich tätige Buchhalterinnen zur Aufarbeitung der Rückstände zu vermitteln (die vom Erzbistum zu bezahlen wären). Auf diesen Brief hin ist vom Verwaltungsdirektor ein Gespräch vorgeschlagen worden. Er selbst wird leider nicht teilnehmen, sondern die Abteilungsleiterin Pfarreien und die für die Pfarrei zuständige Referentin. Das Gespräch ist für den Folgetag (27.01.2026) vorgesehen und soll außerdem genutzt werden, um Anforderungen an die künftige Buchhaltungsorganisation vonseiten der Pfarrei klar zu formulieren (z. B. Aufteilungen auf die Standorte, Transparenz).

TOP 5: Zuschuss des Erzbistums für Energiemaßnahmen in Höhe von 10.000 Euro

Der Wirtschaftsrat des Erzbistums hat für jede Pfarrei einen Zuschuss in Höhe von 10.000 EUR für Energiemaßnahmen beschlossen. Einzelne Rahmenbedingungen wie das Vorgehen bei Mischimmobilien oder die Einbeziehung der Kitas sind noch nicht abschließend geklärt. Der Bauausschuss ist federführend und wird gebeten, entsprechende Vorhaben zügig zu identifizieren. Ein erstes Projekt ist die energiesparende Beleuchtung im Gemeindesaal in St. Bernard.

TOP 6: Stand unbare Kollekten

Möglich sind u. a. Kartenlesegeräte, Erstellung eines QR-Codes mit Weiterleitung auf Informationen zur unbaren Spende. Die Hausbank DKM ist sehr schwerfällig bei diesem Thema. Das Erzbistum plant, nach der abgeschlossenen Erprobungsphase an einer der Schulen das Tool Ende Februar allen Interessierten zur Verfügung zu stellen. Vielleicht können auch Erfahrungen anderer Gemeinden hilfreich sein.

TOP 7: Status Grundsteuer

Die Grundsteuerfestsetzung wurde vom Bauausschuss geprüft. Im Ergebnis wurde die Grundsteuer auf Basis einer falschen Grundlage ermittelt (von der Pfarrei an das Erzbistum gemeldete Zahlen waren fehlerhaft). Eine Rückerstattung für 2025 wird vermutlich nicht möglich sein, es wird aber eine korrekte Festsetzung ab 01.01.2026 angestrebt. Die dazu erforderlichen Unterlagen wurden zusammengestellt und sollen zeitnah an das Erzbistum weitergeleitet werden.

TOP 8: Info zum Stand der Hausverwaltung in der Wohnanlage Rahlstedt sowie der Neuvermietung

Die Küchenarbeiten in einer Wohnung sind erledigt. In einer weiteren Wohnung sollen die notwendigen Arbeiten kostengünstig erledigt werden, dazu wird ein weiteres Gutachten eingeholt. Der Kostenvoranschlag in Höhe von knapp 22 t€ für die Sofortmaßnahmen in der gesamten Wohnanlage erscheint zu hoch, der BA bemüht sich auch hier um Alternativangebote und steht weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Zahlen für 2022, 2023 und 2024 hat NDG bisher nicht vorgelegt, SIM fordert die fehlenden Unterlagen unter Fristsetzung erneut an. Ggf. müsste die Einnahmen-Überschuss-Rechnung unter Vorbehalt erstellt werden. Offen: Erstellung der Nebenkostenabrechnungen für 2024, Ausweis der Mietkautionen.

Für die Wohnanlage stehen liquide Mittel in Höhe von knapp 150 t€ zur Verfügung. Der Ausschuss befürwortet eine Anlage von 100 t€ als Kündigungs- und/oder Festgeld, um Zinserträge zu erzielen und gleichzeitig flexibel zu bleiben.

Es bestehen Unklarheiten über die vorhandenen Kautionen. SIM wird eine systematische Übersicht erstellen. Außerdem ist zu klären, wie die Kautionen angelegt werden sollen: DKB-Treuhandkonto von SIM (verzinslich, aber ohne Vollmacht/Einsicht für die Pfarrei) oder DKM (unverzinslich, mit Zugriff durch Bevollmächtigte der Pfarrei).

TOP 9: Zukünftige Kommunikation über Homepage/Homepagegestaltung

Der Finanzausschuss möchte die Homepage der Pfarrei künftig aktiver nutzen. Geplante Inhalte sind eine aktuelle Mitgliederliste (bei Zustimmung mit Fotos, Mail-Adressen und Telefonnummern) mit Zuständigkeiten. Außerdem sollen die Sitzungsprotokolle (öffentlicher Teil, ohne Nennung der Namen von Betroffenen) und ein FAQ-Bereich veröffentlicht werden.

TOP 10: Verschiedenes

In der Zeit vom 13.11. bis 18.12.2025 wurden alle Barkassen der Pfarrei geprüft. Dabei haben sich keine Beanstandungen ergeben. Künftig sollen die Prüfungen über das ganze Jahr verteilt und damit weniger berechenbar stattfinden.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse von der Pfarrei, Haus Emmaus und der Wohnanlage sowie der Barkassen, sowie die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kitas stehen noch aus. Weitere Ausschussmitglieder können sich zur Einarbeitung beteiligen.

In Bramfeld wurde ein professioneller Saug- und Wischroboter für 650 Euro angeschafft. Erste Erfahrungen zeigen, dass das derzeitige Wetter eine Herausforderung darstellt. Gereinigt werden Kirche und Gemeinderäume ohne die Sanitärbereiche. Die Geräte müssen beaufsichtigt werden, vermutlich können aber die Reinigungsintervalle verlängert werden. Es sollen alle Standorte befragt werden, ob Interesse besteht. Es müssen allerdings Verantwortliche benannt werden. Mit den Reinigungsfirmen sind ggf. Absprachen und Vertragsanpassungen zu treffen. Eine Ausschreibung zur Reinigung aller Standorte erscheint erwägenswert.

Bei Bedarf können alle Gemeinden eine Kehrmaschine bestellen. Der Finanzausschuss stimmt entsprechenden Anträgen zu, die Kosten werden aber zu Lasten der Gemeinden gebucht.

Der Vertrag für die Begutachtung zur Betonsanierung in Volksdorf wird vorbereitet. Die Kosten von knapp 30 t€ werden noch zu Lasten der Pfarrei gebucht werden, dafür wird im Jahresabschluss 2025 eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Mit Ausnahme der Gemeinde Volksdorf liegen alle Kollektenpläne für 2026 vor. Am 22.01.2025 gab es einen Austausch mit dem Erzbistum über Differenzen auf den Kollektenverrechnungskonten. Verabredet wurde die Ausbuchung von Bagatelldifferenzen aus den Jahren 2022 bis 2024, die Differenzen aus 2025 sollen möglichst noch geklärt werden. Um künftig Abweichungen zwischen Zählung und Einzahlung zu vermeiden, soll das Zählformular angepasst werden; die Kollektenzähler sollen dann noch einmal geschult werden.

Für den Onlinezugang bei der Haspa wird ein zentraler Administrator benannt. Auch für die Konten bei der Commerzbank sind Onlinezugänge zu beantragen.

Die Gemeinde Farmsen beantragt die Kostenfreigabe für die Toilettensanierung in Höhe von 9.500 Euro. Da aber vom KV und FA beschlossen worden ist, dass bei den zukünftigen Primärstandorten 50% der Mittel für Bauausgaben vom Standort (z.B. durch Spenden) aufgebracht werden müssen, wird die Freigabe nicht erteilt. Im Bauausschuss war informiert worden, dass die Mittel für diese Maßnahme sogar komplett vom Standort erbracht werden sollten.

Die Gemeinde Rahlstedt beabsichtigt, die dortigen Parkplätze zu bewirtschaften und ist im Gespräch mit einem Anbieter. Dieser würde die Kennzeichen der ein- und ausfahrenden PKWs mit Kameras erfassen. Er würde auch die Kosten für die Installation übernehmen, die Gemeinde würde an den Einnahmen beteiligt. Es wären lang- und kurzfristige Vermietungen möglich, ebenso natürlich flexible Ausnahmen von der Gebührenpflicht, z. B. für Gottesdienstbesucher.

Die Generaldekrete der Deutschen Bischofskonferenz zur kirchlichen Vermögensverwaltung (Schreiben des Erzbistums vom 16.01.2026) werden ebenso zur Kenntnis genommen wie die aktualisierten Regeln zum Konsultationsverfahren bei Grundstücksgeschäften (Anhang zur Mail des Erzbistums vom 15.01.2026).